



Presse-Statement

BDI-Pressekonferenz zum Jahresauftakt
13. Januar 2022

Prof. Dr. Siegfried Russwurm
BDI-Präsident

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1565

Internet
www.bdi.eu

Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren,
auch ich begrüße Sie herzlich zu unserer Jahresauftakt-Pressekonferenz.

Seite
2 von 8

Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir auch 2022 wesentlich über CoVid sprechen müssen? Vielleicht im Sinne von „... haben wir überwunden...“ – aber ganz im Gegenteil, die Pandemie ist immer noch das bestimmende Thema. Zwangsläufig bleibt damit auch der erhoffte Post-Corona-Boom aus. Die Wirtschaftsleistung liegt aktuell noch immer unter Vorkrisenniveau. Pandemiebedingte Einschränkungen beeinträchtigen große Teile unserer Wirtschaft. Eine endgültige Erholung wird sich bis zum Sommer hinauszögern – und das ist ein eher optimistisches Szenario.

Die deutsche Industrie erwartet deshalb in diesem Jahr einen Zuwachs des Bruttoinlandproduktes von dreieinhalb Prozent. Gründe für diese vorsichtige Einschätzung sind neben der Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch die Pandemie die Lieferengpässe, die unsere Unternehmen bis weit ins kommende Jahr beschäftigen werden. Aber wie gesagt: Selbst diese vorsichtige Schätzung ist noch risikobehaftet.

Der Aufschwung kommt nicht richtig in Fahrt. Die Auftragsbücher sind relativ voll, die Produktion hält jedoch nicht mit der Nachfrage Schritt. Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Produktionsanstieg in der Industrie von viereinhalb Prozent. Dann liegt das Produktionsniveau insgesamt im Jahr 2022 noch um rund sechs Prozent unter dem Niveau 2018 – auch, weil die industrielle Produktion schon 2019 und damit vor Corona rückläufig war. Es macht deshalb nur wenig Sinn, immer auf das „Vor-Corona-Niveau“ Bezug zu nehmen – für die Industrie ist der Status von 2019 kein erstrebenswertes Ziel, das reicht einfach nicht.

Eher unzufrieden sind wir mit der Entwicklung des Außenhandels. Schließlich hängt etwa jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export ab, in der Industrie sogar mehr als die Hälfte. Die deutschen Exporte werden in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr wohl um vier Prozent zulegen – und damit gerade einmal halb so viel wie im vergangenen Jahr. Unterm Strich bleibt die Exportwirtschaft hierzulande unter dem erwarteten Expansionstempo für den Welthandel.

Die rasante Ausbreitung der Omikron-Variante macht der exportstarken Industrie schwer zu schaffen. Sollte Omikron ein Land wie China oder andere für uns wichtige Märkte, wie die USA, de facto lahmlegen, hätte das verheerende Folgen für die deutsche Wirtschaft – und für ganz Europa.

Die Industrie ist mit massiven Störungen ihrer globalen Lieferketten konfrontiert. Viele Betriebe in der Automobil-, der Elektroindustrie oder im Maschinenbau leiden unter Lieferengpässen. Diese bremsen die industrielle Wertschöpfung in den Jahren 2021 und 2022 um jeweils mehr als 50 Milliarden Euro aus, so die Rechnung in unserem neuen Positionspapier. Trotz voller Auftragsbücher werden fehlende Mikrochips, Bauteile und Rohstoffe die Produktion noch längere Zeit beeinträchtigen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Herausforderungen – denken Sie nur an die ambitionierte Klima- und Digitalwende. Es ist keineswegs sicher, dass dieser doppelte Transformations-Plan aufgeht.

Auch die Herausforderungen der demographischen Veränderungen lassen sich nicht mehr leugnen – nicht nur mit Blick auf die Sozialkassen. Viele Industrieunternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte. Vor allem hochausgebildete Fachkräfte sind kaum zu finden.

Und als sei das alles noch nicht genug, spitzt sich der geostrategische Systemwettbewerb zu und erhöht die Anspannung in den Unternehmen. China thematisiert offensiv die Risse in unseren Gesellschaften – und interpretiert sie als Beleg für den Niedergang der Ideale bürgerlicher Freiheit. Parallel dazu testet die russische Regierung die Handlungsfähigkeit und die Handlungsbereitschaft des Westens an der Ostgrenze von Nato und EU. Generell gilt: Nur ein starkes und geeintes Europa ist künftig in der Lage, unsere Werte und unsere Interessen weltweit zu verteidigen – als Teil einer transatlantischen Wertegemeinschaft.

Erhebliche, teils fundamentale Risiken für die Unternehmen also – es könnte ein weiteres Stop-and-Go-Jahr für die Wirtschaft drohen. Aber 2022 könnte auch das Jahr mit der stärksten Wirtschaftsdynamik seit 2010 werden. Dafür

muss die Politik die Prioritäten richtig setzen und zügig anpacken. Sie muss von einer Getriebenen des Geschehens zur Gestalterin der Zukunft werden. Jetzt ist es an der Zeit zu beweisen, wie viel Fortschritt tatsächlich in der Ampel steckt und ob sie ihrem selbst gesetzten Anspruch als „Fortschritts-Koalition“ gerecht wird.

Oberste politische Priorität muss die Stärkung des Industrie-, Export- und Innovationstandorts haben. Sie werden es von mir immer wieder hören: Die Industrie ist der Motor, der Wirtschaft und Wohlstand unseres Landes antreibt. Und auch in der politischen Unterstützung des klimaneutralen Industriestandorts gilt: „Gut gemeint“ ist noch lange nicht „gut gemacht“.

Nach zwei Jahren Pandemieerfahrung wissen wir, dass wir nicht sicher sein können vor Überraschungen – die Virusmutationen machen uns das gerade deutlich. Wir wissen aber auch, dass die Industrie mit ihren rund acht Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Aktivitäten im Großen und Ganzen trotz strikter Pandemie-Maßnahmen verlässlich aufrechterhalten hat. Die Unternehmen nehmen Gesundheitsschutz ernst, die Schutzmaßnahmen funktionieren. Penibel eingehaltene Hygienekonzepte schaffen größtmögliche Sicherheit und halten die Produktion aufrecht. Umso wichtiger ist es, weiterhin den Gesundheitsschutz so gut wie möglich zu gewährleisten und gleichzeitig die Industrie am Laufen zu halten.

Aber: Für eine Industrienation, die Tag für Tag im weltweiten Wettbewerb steht, ist das bloße Aufrechterhalten von Aktivitäten zu wenig. Auch eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau reicht nicht aus. Die Politik muss den Negativtrend der vergangenen Jahre umkehren, über die Krisenbewältigung hinaus die Schlagzahl erhöhen und einen Wachstumskurs einschlagen. Ein erster Schritt, um wirtschaftlichem Stillstand und massenhaften Arbeitsausfällen entgegenzuwirken, sind sachlich fundierte, evidenzbasierte Quarantäneregelungen – hier weisen die jüngsten Entscheidungen der Ministerpräsidentenrunde mit der Bundesregierung in die richtige Richtung.

Zudem muss an die Stelle eines immer wieder neuen Regelwirrwarrs ein logischer, einheitlicher Langzeitplan treten. Nein, im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts mag ich in einer akuten Krisensituation nicht darüber

nachdenken müssen, ob der deutsche Werksstandort XY links oder rechts einer Landesgrenze aus dem frühen 19. Jahrhundert liegt. Und nein, nicht die härtesten Maßnahmen sollten sich durchsetzen, sondern die sinnvollsten.

Für zielgenaue, evidenzbasierte Entscheidungen im Kampf gegen das Virus braucht es verlässliche Daten. In der Verfügbarkeit von Daten darf es keine Ausreden mehr geben. Für die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit ist es völlig inakzeptabel, dass zum Beispiel Gesundheitsämter nicht – oder zu spät – Zahlen übermitteln, Testzentren nicht auf Hochtouren arbeiten oder systematisch erhobene Daten über Corona-Patienten auf Intensivstationen fehlen. Mehr Daten würden das Ende der Pandemie beschleunigen und wirksamer die Lücken in der Impfkampagne schließen. Es ist nach wie vor zentral, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen. Am besten freiwillig, aus eigener Einsicht, um ihren Beitrag für Gesundheit und Gesellschaft zu leisten. „Impfen, impfen, impfen“ war und ist mein wiederkehrender Appell in den vergangenen Monaten.

Auch wenn es zuletzt deutlich mehr Impfungen gab, reicht dies offensichtlich nicht aus, um die Pandemie-Welle zu brechen. Deshalb – und ich sage das nach sehr sorgfältiger und langer Abwägung und gleichzeitig zu meinem großen Bedauern – dürfen wir uns im Interesse aller einer allgemeinen Impfpflicht als Ultima Ratio nicht verweigern. Definitiv keine Option ist es, jetzt irgendwie weiter bis zur wärmeren Jahreszeit zu lavieren, sich dann über niedrigere Inzidenzwerte zu freuen – und im Herbst erneut festzustellen, dass die Impfquote zu niedrig ist.

So notwendig akutes Krisenmanagement ist, so wichtig bleibt der Blick für das große Ganze. Keinesfalls darf sich die Coronakrise zu einer chronischen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise auswachsen. Es muss gelingen, die Krise als Chance zu nutzen und gestärkt aus ihr hervorzugehen. Schaffen wir nicht nur ein „New Normal“, sondern ein „Better Normal“. Deshalb muss es auch darum gehen, rechtzeitig Fortschritt zu organisieren für ein Leben nach Corona. Den Standort machen hohe Energiekosten, schleppender digitaler Wandel, mangelnde Infrastruktur-Investitionen, lähmende Regulierung und

hohe Steuern immer weniger attraktiv für Unternehmen aus dem In- und Ausland.

Seite
6 von 8

Beispiel Klimaschutz: Der politische Handlungsdruck zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2045 beim gleichzeitigen Erhalt einer global wettbewerbsfähigen Industrie ist gewaltig. So muss Deutschland in den kommenden acht Jahren bis 2030 einen Investitionsturbo einlegen und in allen Wirtschaftssektoren insgesamt 860 Milliarden Euro allein für den Klimaschutz investieren. Die realistische und schonungslose Bestandsaufnahme von Bundeswirtschafts- und -klimaminister Habeck am Dienstag deckt sich in der Problemanzeige mit den Berechnungen der Industrie: Die aktuellen Planungen reichen in keinem Sektor auch nur annähernd aus.

Umso mehr kommt es auf die richtigen Maßnahmen an: Die Ankündigung, Klimaschutzverträge – Carbon Contracts for Difference – als ein zentrales Instrument zur Unterstützung der Transformation in der Industrie einzusetzen, damit die Unternehmen global wettbewerbsfähig bleiben können, ist richtig – aber auch hier muss die Umsetzung unverzüglich erfolgen. Die notwendigen Investitionen wird der Staat nicht alleine stemmen können. Die Regierung muss dafür sorgen, dass sich die Investitionen der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger wieder lohnen – mit Superabschreibungen, einem massiven und schnellen Infrastrukturausbau weit über die jetzigen Planungen hinaus und schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren. Bei der Umsetzung der Energiewende müssen wir ab sofort in Monaten statt in Jahren denken.

Wir alle, ganz besonders aber die Industrie braucht Energie, die zu jeder Uhrzeit und bei jedem Wetter verlässlich zur Verfügung steht, trotz Atom- und Kohleausstiegs. Für die Versorgungssicherheit muss der Ausbau der erneuerbaren Energie gekoppelt sein mit einem massiven Aufbau langfristig wasserstofffähiger Gaskraftwerke als Brückentechnologie. Es ist daher richtig, dass die EU-Kommission erdgasbasierte Technologie in der Taxonomie als förderfähig anerkennt – schließlich sparen diese Kraftwerke schon in der Übergangsphase jährlich Millionen Tonnen CO₂ gegenüber Kohlekraftwerken ein. Die Notwendigkeit des Imports des dafür benötigten Gases ist kein valides

Gegenargument – Deutschland ist und bleibt ein Importland für Energie, selbst wenn die Energieträger langfristig CO₂-neutral sein werden. „Strategische Souveränität“, „Nicht-Erpressbarkeit“ bleibt auch in dieser Dimension eine Kernaufgabe deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik.

Der rasante Anstieg der Nachfrage nach elektrischer Energie droht zur Gretchenfrage für die Klimaschutzpläne zu werden. Der BDI rechnet in seiner Klimapfade-Studie, die 150 Experten aus 80 Unternehmen und Verbänden über 6 Monate erarbeitet haben, mit einem starken Zuwachs der Nettostromnachfrage: Von zuletzt rund 500 Terawattstunden pro Jahr dürfte sich die Nachfrage bis zur Klimaneutralität 2045 verdoppeln auf nahezu 1000 Terawattstunden – durch Elektromobilität, Wärmepumpen zum Heizen unserer Wohnungen und massive Elektrifizierung von industriellen Prozessen.

Klimapolitik ist nur international erfolgreich. Nationale, selbst europäische Alleingänge helfen nicht. Die Bundesregierung hat die Chance, die vor wenigen Tagen gestartete deutsche G7-Präsidentschaft zu nutzen, um zu internationaler Zusammenarbeit in der CO₂-Bepreisung zu kommen. Dafür kann die Gründung eines Klimaklubs mit ambitionierten Staaten helfen - wenn die großen Emittenten USA und China mitwirken. Deutschland muss der Welt nicht nur zeigen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingt, sondern dass „made in Germany“ auch digital funktioniert.

Eine komplexe Transformation wie die Digitalisierung oder die Dekarbonisierung lässt sich nicht ohne, sondern nur mit der Wirtschaft meistern. Die Unternehmen besitzen das technologische Know-how, sie kennen die Märkte, die Bedürfnisse ihrer Kunden, die Rahmenbedingungen der Produktion. Aber sie müssen langfristig planen können, um auch in Zukunft mit ihren Produkten im globalen Wettbewerb mithalten, ihre Kunden zufriedenzustellen und damit nicht zuletzt auch Arbeitsplätze zu sichern.

Dafür ist die Wirtschaft auf einen modernen Staat mit einer nutzerfreundlichen, agilen und digitalen Verwaltung angewiesen. Die Unternehmen sind Poweruser der Behörden – mit durchschnittlich mehr als 200 Kontakten pro Jahr. Es

braucht weniger Belastungen, weniger Bürokratie, weniger Steuern – und bessere Infrastruktur, mehr Anreize für Innovationen und Investitionen.

Seite
8 von 8

Investitionsanreize für private Unternehmen, zielgerichtete öffentliche Investitionen und deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind heute notwendig, nicht erst morgen. Dass die Ampel-Koalition zum Beispiel verstärkt in Quantentechnologien oder künstliche Intelligenz investieren will, ist für die Sicherung unserer technologischen Souveränität richtig und wichtig. Erforderlich sind unbürokratische und flexible Förderinstrumente – und zwar für Unternehmen jeder Größe, auch im Mittelstand.

Selten war ein Jahresausblick mit so viel Unsicherheit behaftet. Selten standen aber auch die Chancen für einen politischen und wirtschaftlichen Aufbruch so gut. Fortschritt ist machbar. Dass er politisch gewollt ist, freut unsere Unternehmen, die ihre Chancen nutzen wollen. Die neue Bundesregierung ist gut beraten, sich mit ganzer Kraft um die Umsetzung des Fortschritts zu kümmern.

Angesichts der außenpolitischen Risiken sind unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten umso mehr auf Verlässlichkeit und Berechenbarkeit hierzulande angewiesen. Die Hand der Industrie ist ausgestreckt, gemeinsam mit der neuen Bundesregierung Aufbruch und Fortschritt Realität werden zu lassen.

Vielen Dank! Jetzt freuen wir uns auf Ihre Fragen.